Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1563/13

Titel

Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuV vom 29.08.2013 - TOP 6.4. ... hier: PKW-Anhänger, Nutzung städtischer Flächen (DS 1115/13)

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Frage 1:

Auf welcher Grundlage darf auf städtischen Grünflächen geparkt werden?

Auf städtischen Grünanlagen ist das Parken gemäß § 3 der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen der Landeshauptstadt Erfurt (Grünanlagensatzung) vom 10. März 2009 untersagt. Die Grünanlagen in der Landeshauptstadt dienen als Ruhezone der Erholung und Entspannung und zum Teil (z.B. Kinderspielplätze und Bolzplätze) der aktiven Freizeitgestaltung. In Grünanlagen im Sinne dieser Satzung ist insofern den Benutzern entsprechend § 3 (4) Punkt 5 insbesondere „... das Fahren und Abstellen von Kraftfahrzeugen, Anhängern, Maschinen, Containern u. Ä.“ untersagt.

Frage 2:

Bei privaten Grünflächen bedarf es einer Genehmigung der Bauverwaltung?

Grundsätzlich ist die Nutzung von Grünflächen für die Einordnung von Stellplatzanlagen ab einer Größenordnung von 40 m² nach § 63 Abs. 13 b) ThürBO verfahrensfrei. Dies entbindet den Bauherrn jedoch nicht von der Einhaltung der sonstigen öffentlich rechtlichen Vorschriften.

Frage 3:

In der MAN-Straße gibt es ein zeitlich begrenztes Parken bzw. Anwohnerparken, gilt das auch für die Werbung an den Zäunen?

Die Werbeanlage gemäß § 13 ThürBO ist eine bauliche Anlage im Sinne des § 2 Absatz 1 ThürBO, für deren Errichtung grundsätzlich eine Pflicht zur Genehmigung besteht (§ 62 ThürBO), soweit in den §§ 63, 63 a, 74 und 75 ThürBO nichts anderes bestimmt ist.

§ 63 Absatz 1 ThürBO trifft eine abschließende Aufzählung von Werbeanlagen, die der Genehmigungsfreiheit unterliegen und somit ohne jede Beteiligung der Bauaufsichtsbehörde errichtet werden können. Dazu zählen u. a. Werbeanlagen mit einer Ansichtsfläche bis zu 1 m² (außer im Außenbereich) sowie Werbeanlagen, die nach ihrem erkennbaren Zweck nur vorübergehend für höchstens zwei Monate angebracht werden (außer im Außenbereich).

Hinsichtlich der Verfahrensfreiheit von Stellplatzanlagen an sich wird auf Frage 2 verwiesen.

Frage 4:

Hat das Satzungsrecht bezüglich Grünanlagen Lücken oder bedarf es einer präziseren Formulierung, damit eine bessere Handlungsvollmacht der Verwaltung gegeben werden kann?

Aus der bisherigen Praxis heraus wird kein Handlungsbedarf gesehen, Änderungen der Grünanlagensatzung vorzunehmen. Bei Verstößen gegen die Satzung werden in Abstimmung mit dem Bürgeramt entsprechende Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

Anlagen

gez. Spangenberg
Unterschrift Beigeordneter 04

12.09.2013
Datum